

Jeder Dritte stimmte elektronisch ab

E-Voting Nebst den St. Galler Auslandschweizern konnten erstmals auch Stimmbürger aus vier Pilotgemeinden elektronisch abstimmen. 37 000 Personen aus Vilters-Wangs, Rapperswil-Jona, Goldach, Kirchberg und aus dem Ausland hatten die Möglichkeit dazu. Gestern zählte die Staatskanzlei insgesamt 5615 elektronische Stimmen aus. Das entspricht rund einem Drittel der eingegangenen Stimmen aus den Pilotgemeinden und dem Ausland.

Bis am Samstagabend konnten die Stimmen elektronisch abgegeben werden. Am Sonntag empfing die Staatskanzlei dann die gesammelten Stimmen, entschlüsselte sie offline und speiste sie in das Ergebnisermittlungsprogramm ein. Das E-Voting-System habe das Stimmgeheimnis stets gewahrt, betont die Staatskanzlei in einer Medienmitteilung. Die Sicherheitsvorkehrungen und die technischen Abläufe von der Stimmabgabe bis zum Erhalt des Resultats hätten sich bewährt, weshalb die E-Voting-Premiere als Erfolg zu bewerten sei. Zusammen mit dem Verwaltungsrechenzentrum St. Gallen (VRSG) würden nun die Prozesse nochmals optimiert. Es werden weitere Pilotabstimmungen folgen. Geplant ist, dass ab 2019 alle St. Galler Stimmbürger elektronisch abstimmen können. (hrt)

Sorglos im Cyberspace

Sicherheit Täglich bewegen wir uns im Internet. Dies bringt Vorteile – und birgt Risiken, wie ETH-Experte Stefan Frei am Parlamentariertreffen der Kantonalen Offiziersgesellschaft St. Gallen aufzeigte.

Richard Clavadetscher
richard.clavadetscher@tagblatt.ch

Es ist natürlich Zufall, dass der Ständerat in derselben Woche eine Motion für den Aufbau eines nationalen Cybersecurity-Kompetenzzentrums sehr deutlich angenommen hat – und die Offiziersgesellschaft des Kantons St. Gallen (KOG) ihr Parlamentariertreffen unter das Thema Cyberberisken und Cyberabwehr stellte. Aber es zeigt immerhin, dass man sich – wenn auch reichlich spät – inzwischen der Risiken bewusst wird, die vom Internet und den darauf basierenden Technologien ausgehen.

Es geht nicht nur um den eigenen PC

Zwar ist heute Allgemeingut, dass Viren und Trojaner von unserem PC Daten auslesen und das Gerät gar fernsteuern können. Dass aber die Bedrohung viel grösser und umfassender ist, zeigte eindrücklich das Input-Referat der KOG-Veranstaltung im Grand Resort Bad Ragaz, gehalten von Stefan Frei, Dozent für Cyber Security an der ETH.

In nur zwei Jahrzehnten haben das Internet und darauf basierende Technologien Gesell-

schaft und Wirtschaft förmlich umgekrempelt. Entsprechende Produkte werden zudem immer günstiger und leistungsfähiger. Und weil heute fast jeder Zugang hat zu den neusten Technologien, wächst ihre Verbreitung entsprechend rasant – und damit der Umfang dessen, was zu schützen ist vor unbefugtem Zugriff.

Um diesen Schutz auch nur einigermaßen zu gewährleisten, sind mancherlei Hürden zu überwinden. Es beginnt damit, dass die Risiken im Cyberspace etwas Abstraktes sind, dem Menschen jedoch grundsätzlich die Fähigkeit abgeht, mit abstrakten Risiken umzugehen. Er hat dies im Laufe der Evolution nie lernen müssen. Entsprechend sorglos geht er damit um.

Darüber hinaus ist die Software-Industrie laut Frei immer noch unfähig, sichere Produkte herzustellen. Sie lehnt die Schaffung von Sicherheitsstandards ab – etwa mit dem Argument, diese hemmen den Fortschritt. Lieber gibt sie bei Zwischenfällen jeweils dem Nutzer die Schuld, der unsachgemäss gehandelt habe.

Eine reale Bedrohung für die Sicherheit sieht Frei im sich rasant entwickelnden «Internet of Things». Während uns nach und

«Risiken im Cyberspace sind abstrakt.»



Stefan Frei
Dozent Cyber Security ETHZ

nach bewusst wird, dass unser PC Bedrohungen ausgesetzt ist und entsprechend geschützt werden muss, taxierten wir die Produkte des «Internet of Things» naiv als «cool» und sähen die Risiken nicht. Schliesslich erwähnte Frei auch noch den Datendiebstahl. Durchschnittlich alle 17 Tage ereigne sich so ein Fall mit im Schnitt 14 Millionen betroffenen

Accounts. Kriminelle und staatliche Geheimdienste wüssten die sich bietenden Gelegenheiten längst zu nutzen. Sie suchten für ihre Angriffe immer nach Schwachstellen und umgingen Sicherungen gezielt. Frei verwies zur Veranschaulichung etwa auf ein Meisterstück aus der Vor-Internet-Zeit, als es den Sowjets gelang, in die in US-Botschaften stehenden IBM-Schreibmaschinen einen Sender einzubauen, um so mitlesen zu können, was dort zu Papier gebracht wurde.

Unser heutiges Leben sei geprägt davon, dass wir Systeme benutzen, über die wir nur beschränkte Kontrolle hätten, so Frei weiter. Kunden- wie auch Kreditkarten-Systeme sind Teil dieses Bereichs. Ebenfalls wenig oder gar keine Kontrolle haben wir über Zulieferketten bei der Herstellung von modernen Produkten bis hin zu den Gadgets. Über diese Zulieferketten könnten Komponenten mit Schadenspotenzial ins Produkt kommen.

Einen grossen Schwachpunkt bezüglich Sicherheit sieht Frei darin, dass im Cyber-Bereich kaum standardisierte Normen und Prüfverfahren existieren, wie sie die Industrie sonst überall und insbesondere in sicherheitsrele-

vanten Bereichen (Aviatic, Medizintechnik) längst anwende. All dies vor Augen, dürften wir uns keiner Illusion hingeben, so Frei. Wir müssten vielmehr davon ausgehen, dass Teile unserer kritischen Infrastruktur längst kompromittiert seien.

Cyber-Test-Infrastruktur wird kommen

Für den Experten ist deshalb klar, dass die Staaten nicht darum herumkommen werden, eine Cyber-Test-Infrastruktur für Hard- und Software zu entwickeln. Dass dies nicht zum Nulltarif zu haben sein wird, beginnt inzwischen auch der Politik einzuleuchten.

Die von Fernsehjournalist Hanspeter Trütsch im Anschluss an das Referat geleitete Podiumsdiskussion mit Nationalrat Marcel Dobler (FDP/SG), Peter Baumberger, CEO VRSG, und Oberst i GSt Thomas Bägli von der Cyber-Abwehr des VBS zeigte einerseits auf, wie sehr Cyber-Sicherheit auch in den militärischen Bereich hineinspielt, andererseits wie sehr wir noch am Anfang stehen, wenn es darum geht, unser Land, aber auch jeden Einzelnen von uns vor den mannigfachen Bedrohungen im Cyberspace zu schützen.

Gedruckten Amtsblättern droht das Aus

Bürgerinformation Die Gemeinde will ein Grundstück umzonen, eine Stadt braucht einen Nachtragskredit für ein Bauprojekt oder gibt den Termin für die Bürgerversammlung bekannt. Das alles muss die Gemeinde amtlich publizieren. Heuten tun die Gemeinden dies gedruckt – entweder in der Tageszeitung oder im eigenen Gemeindeblatt.

Jetzt wollen breite Kreise des St. Galler Kantonsrates die amtlichen Informationen ins Internet verbannen. «In den letzten Jahren hat sich das Konsum- und Leseverhalten der Bevölkerung bei Informationen aller Art markant verändert», schreiben die Fraktionen von FDP, CVP-GLP und SP-Grünen in ihrer Interpellation. Digitale oder elektronische Medien hätten an Bedeutung gewonnen. Viele Bürger würden auf das Abonnement einer Tageszeitung verzichten. Dort soll eine Publikation von amtlichen Nachrichten zwar weiterhin möglich sein, aber: «Wichtig ist, dass das Internet Gleichwertigkeit erlangt und nicht mehr wie im geltenden Gemeindegesetz bloss «zusätzlich» für Veröffentlichungen herangezogen werden darf.»

«Möglichst alle Bürger müssen erreicht werden»

Mit der Interpellation wollen die Parteien von der Regierung wissen, ob diese die Gleichwertigkeit von amtlichen Bekanntmachungen unterstütze. FDP-Fraktionspräsident Beat Tinner sagt dazu: «Der Kanton arbeitet derzeit an einem Publikationsgesetz.» Dazu muss die Regierung prüfen, ob auch das kantonale Amtsblatt nur noch digital erscheinen könnte. Bereits heute sind Bauanzeigen in der Regel nur noch online zu finden. Im Vergleich zu Krediten

oder Referendumsvorlagen werden bei Bauprojekten die betroffenen Anwohner aber immer auch per Briefpost informiert.

Welche Folgen hat es für die Demokratie, wenn Informationen nur noch digital verbreitet würden? SP-Fraktionspräsident Peter Hartmann gibt sich selbstkritisch: «Das wird die grosse Schwierigkeit sein, viele Leute zu erreichen.» Denn längst nicht alle Bürger wollen regelmässig auf eine Gemeinde-Webseite klicken. «Es ist für uns zwingend, dass ein hoher Prozentsatz der Bürger weiterhin erreicht wird», sagt Hartmann.

SVP-Wähler mögen's gedruckt

Die SVP-Fraktion hat die Interpellation nicht unterzeichnet. «Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir gegen eine solche Gesetzesänderung fundamentalen Widerstand leisten würden», sagt Fraktionschef Michael Götte. Er macht keinen Hehl daraus, dass viele SVP-Wähler gedruckte Informationen noch schätzen und verlangen würden. Deshalb hat die Fraktion die Interpellation nicht unterzeichnet.

Für viele Zeitungen sind amtliche Publikationen eine wichtige Einnahmequelle im sonst schwierigen Anzeigenmarkt. SP-Fraktionspräsident Peter Hartmann sagt: «Amtliche Anzeigen im Internet dürfen nicht dazu führen, dass Gemeinden zum einzigen Informationsmedium werden.» Beat Tinner kann der Sorge um die klassischen Medien hingegen nichts abgewinnen: «Eine finanzielle Förderung der Zeitungen ist keine Staatsaufgabe.»

Conradin Knabenhans
ostschweiz@tagblatt.ch

ANZEIGE

Bis 31.10. vom Wechselangebot profitieren!*

inOne KMU

Mobile, Internet, Service und Telefonie:
Neu alles zusammen in einem flexiblen Paket.

Wechseln Sie spontan und sorglos Ihr Mobile-Abo zu Swisscom. Mit unserem Wechselangebot müssen Sie sich keine Gedanken über die Kündigungsgebühren Ihres laufenden Abos machen.

Jetzt kostenlos beraten lassen 0800 055 055

swisscom
swisscom.ch/inone-kmu

*Kündigungsgebühren, welche durch eine Nummerenerhöhung vor Ablauf der Mindestvertragsdauer beim bisherigen Anbieter entstehen, werden vom Swisscom in den ersten 12 Monaten der Laufzeit des inOne-KMU abgedeckt. Nach Ablauf der entsprechenden Abschlossfrist wird der Betrag verteilt über 12 Monate auf das Swisscom-Mobile-Service-Abo übertragen. Die Mindestvertragsdauer von 24 Monaten, exkl. Parteilosen von Mobilnet und Wingo, Auftragsnummer: CH140 – Bei vorzeitiger Kündigung des inOne-KMU sind die in der Vertragsbestätigung angegebenen Vertragskosten abwärts abgezinst. Laufzeit: 24 Monate. Abgabe gültig bis 31.10.2017. Weitere Informationen unter swisscom.ch/wechselangebot.